



Wir haben verstanden

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Die Personalratswahlen sind vorbei und wir haben die Botschaft verstanden. Für uns heißt es jetzt, die Ärmel hochkriecheln und wieder an die Arbeit gehen.

Anstatt in Selbstzweifel zu verfallen, müssen wir die vielen Themen und Probleme, die auf dem Tisch liegen, angehen. Das bedeutet nicht, dass wir keine Lehren ziehen. Die sind aber in die Zukunft gerichtet.

Die Aussagen, die wir aus dem Ausgang der Wahlen ziehen können, und viele dienstliche Verlautbarungen in den Medien passen nicht zusammen. Das wurde uns deutlich gesagt.

Die Polizeireform ist noch nicht bei den Menschen angekommen und wird es auch nicht, nur weil es in den Medien und in der Öffentlichkeit so dargestellt wird.

Die zwei zusätzlichen Kolleginnen und Kollegen sind vielleicht statistisch auf den Revieren angekommen, haben aber faktisch für keine Personalvermehrung gesorgt. In naher Zukunft werden deutlich mehr Kolleginnen und Kollegen in Pension gehen wie eingestellt werden. Der Personalmangel wird nicht, sondern ist schon permanent vorhanden.

Wir hatten Forderungen in Verbindung mit der Reform geknüpft, die nicht mal im Ansatz angegangen oder erfüllt wurden.

Einführung des Berufsbildes Polizeifachangestellte

So wollten wir für unseren Tarifbereich die Einführung einer/eines Polizeifachangestellten und endlich die Einführung der Zweigeteilten Laufbahn. Für den/die Polizeifachangestellte/n haben wir im Innenministerium Vorschläge vorgelegt und ein Konzept eingefordert. Bisher leider Fehlanzeige.

Zweigeteilte Laufbahn

Die Politik wollte die Zweigeteilte Laufbahn einführen, so steht es zumindest im Koalitionsvertrag, doch die erreicht man nicht, wenn man im-



mer mehr Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst einstellt. Wir wissen, wer hier blockiert und wer kräftig dagegensteuert. Auch die Herabsetzung der Eingangssämter macht unseren Beruf nicht attraktiver. Damit werden neue Probleme geschaffen, die in einigen Jahren dazu führen, dass noch weniger Menschen bei der Polizei eingestellt werden.

Wer heute junge Kolleginnen und Kollegen mit Abitur bzw. Fachhochschulreife in den mittleren Dienst der Polizei des Landes einstellt und ihnen verspricht, dass sie in wenigen Jahren in den gehobenen Dienst aufsteigen können, sagt nicht nur die Unwahrheit, sondern sorgt dafür, dass diese Kolleginnen und Kollegen frustriert ihren Dienst verrichten. Und Versprechungen helfen hier recht wenig.

Klare Perspektiven

Wir haben einen Beförderungsstau in allen Bereichen. Beförderungen haben nicht nur etwas mit gerechter Entlohnung zu tun, sondern mit Wertschätzung der geleisteten Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen. Immer neue Aufstiegsprogramme

helfen nur bedingt und fast kostenneutrale Stellenumwandlungen sind nicht viel mehr als Kosmetik.

Es fehlen ganz klare Perspektiven für die Kolleginnen und Kollegen, wie ihre Zukunft aussehen wird.

Wir haben für beides – Zweigeteilte Laufbahn und Polizeifachangestellte – unsere Argumente, Ideen und Lösungsmöglichkeiten auf den Tisch gelegt, nun erwarten wir von der verantwortlichen Politik, dass sie intensiv mit uns darüber redet, denn sonst werden die Verantwortlichen die gleichen Erfahrungen machen wie wir nach den Personalratswahlen.

Wir werden uns sicher auch den Themen widmen, die uns im täglichen Dienst betreffen. So wird uns die Diskussion um die Arbeitszeit in Bälde ereilen und wir können davon ausgehen, dass uns da niemand Gutes tun möchte, sondern alles daransetzen wird, so viel wie möglich freie Verschiebemasse zu bekommen. Es steht außer Frage, dass die Europäische Arbeitsschutz- und -zeitverordnung hier nur als Deckmantel benutzt wird.

Eine deutliche Personalvermehrung würde auch dem Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen helfen, aber das will die verantwortliche Politik wohl nicht hören. Uns wird sicher etwas einfallen, wie sich unsere Mitglieder zu Wort melden und ihre Meinung sagen können.

In den nächsten Tagen und Wochen beginnen die Tarifverhandlungen, deren Ergebnis ja per Gesetz mit Zeitverzug auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Durch diese geschichtlich schon historisch einmaligen Vorgaben werden Kolleginnen und Kollegen teilweise mehrere Monate abgekoppelt. Was da gespart wird ist daran zu erkennen, dass der Finanzminister lediglich 1,5% im Haushalt eingestellt hat. So haben wir uns das nicht vorgestellt und ob dies für 2016 reicht, mag ich mal bezweifeln.

Euer Rüdiger Seidenspinner



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr mich auch unter der Telefonnr. 0 15 25/3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe 2015 des Landesjournals Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 2. Januar 2015, und für die März-Ausgabe bereits am Freitag, dem 30. Januar 2015. Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden.

Wolfgang Kircher

Die Arbeit einer Einsatzassistentin im Führungs- und Lagezentrum

Dieser Situationsbericht knüpft an den durchaus trefflichen Artikel „Tarifinterviews von Gundram Lottmann“ in der „Deutschen Polizei“ vom Oktober 2014 an.

Kurzdarstellung der beruflichen Laufbahn:

Abgeschlossene Berufsausbildung, 1996 Eintritt zur Polizei, seit 1998 bei der DASTA, seither im BAT 6 bzw. EG 6, Verdienst 1756,78 Euro netto, Steuerklasse 1.

Bereits im April 2014 wurde dieses Schreiben vor dem Hintergrund der gewerkschaftlichen Berichterstattungen verfasst, über die damals geplanten und heute umgesetzten Höhergruppierungen, welche ausschließlich den Tarifbeschäftigten in den Datenstationen zugute gekommen sind.

Im Rahmen der Reform wurde zum 1. Januar 2014 die DASTA von der Datenstation abgekoppelt, zur KombSt (Kommunikationsbetriebsstelle) umbenannt und bei den Einsatz- und Lagezentren FLZ eingegliedert. Erst im April 2014 wurden dann die Höhergruppierungen bekannt gegeben, obwohl die Dienstvereinbarung bereits am 16. April 2013 festgelegt wurde.

Nachfolgend ein Auszug der Berichterstattung einer der Gewerkschaften vom 7. April 2014 zur geplanten Höhergruppierung:

„Die Tarifbeschäftigten der Datenstationen sollen demnächst höhergruppiert werden und somit erfüllt das Innenministerium – wengleich verspätet – die Zusage, die Innenminister Reinhold Gall am 16. April 2013 in der Dienstvereinbarung mit dem Hauptpersonalrat gemacht hat.“

Die Überraschung:

Entgegen der ursprünglichen Ankündigung, die Beschäftigten in Entgeltgruppe 8 zu heben, bekommen sie sogar Entgeltgruppe 9, Fallgruppe 3 – die sogenannte „kleine EG 9“. Das haben „intensive Gespräche mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (MFW) zu der Muster-TDBA [Tätigkeitsdarstellung und -bewertung für

Arbeitnehmer/-innen] für die DASTA-Beschäftigten“ ergeben. Ein ordentlicher Schluck aus der Pulle also, die Betroffenen wird's bestimmt freuen.

Konkret wollte das Innenministerium „ca. 160 Höhergruppierungen nach EG 9“ vornehmen: „61 für Beschäftigte, die bereits in der ersten Zuteilungstranche (Ende 2013) in die Entgeltgruppe 8 gehoben worden waren und 99 für Beschäftigte, die nun aus der Entgeltgruppe 6 höher zu gruppieren sind.“ (...)

„So wären zum Beispiel im Bereich des FLZ (KombSt/Abfragedienst) dringend ebenfalls Höhergruppierungen notwendig. In der eingangs genannten Dienstvereinbarung ist eine entsprechende Absichtserklärung enthalten, die ja, so das politische Versprechen, im nächsten Doppelhaushalt teilweise umgesetzt werden soll.

Die Abkopplung und Umbenennung des DASTA-Abfragedienstes zur KombSt ist ein innerpolitisch raffinierter Schachzug und eine Farce, sozial ungerecht und auch nicht gerechtfertigt. Die ausbleibende Anpassung der Höhergruppierungen des DASTA-Abfragedienstes ist für die Beschäftigten eine unsoziale Benachteiligung und stellt eine klare Herabsetzung dar.

Dies führt bei den betroffenen Beschäftigten zu großen Irritationen, Demotivation und Verärgerung.

Aus Gründen der Effektivität wurden die DASTA und die KombSt zusammengelegt und heute werden die Abteilungen als KombSt geführt.

Hinsichtlich unserer Tätigkeitsmerkmale wäre die Bezeichnung DASTA = „Daten- und Auskunftsstation“, im Grunde weiterhin korrekt, denn laut der Tätigkeitsbeschreibung der KombSt trägt die zusätzliche Arbeit im DASTA-Alltag gerade mal vier Prozent.

Daher sollte die Bezeichnung DASTA doch weiterhin ihre Gültigkeit haben. Ohnehin führt die Umbenennung zur „KombSt“ bei den Anfragenden noch immer zu Irritationen.

Nach Vorgaben des Innenministeriums wurden die Tätigkeitsbeschreibungen schriftlich in Prozenten der einzelnen Tätigkeitsmerkmale der DASTA so zusammengefasst und geschrieben, dass unsere Arbeit nur auf eine EG 6 hinausläuft. Der Realitätsalltag sieht jedoch ganz anders aus.

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 1. Januar 2015

Adressverwaltung:

Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



AUS DEM TARIFBEREICH

Beispielsweise: Seit Einführung der POLAS-ComVor-Schnittstelle 2009/2010 und bis zu unserer Umsetzung zum FLZ arbeiteten die DASTA-Beschäftigten des Wechselschichtdienstes, schätzungsweise 60 bis 70 Prozent als Fallanalytiker an der Schnittstelle (statt der beschriebenen zehn oder 20 Prozent).

Inhalte des Mailauszuges:

„Bei der letzten Polizeichefbesprechung hat das Innenministerium darauf hingewiesen, dass für die Schaffung höherwertiger Stellen – mit Ausnahme der beabsichtigten Stellenhebungen für die Datenerfassung in den Datenstationen – derzeit keine weiteren Mittel zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund sind alle Vorgesetzten dafür verantwortlich, den Tarifbeschäftigten allenfalls Tätigkeiten zu übertragen, die ihrer Entgeltgruppe entsprechen. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft weist in seinen Verwaltungsvorschriften regelmäßig darauf hin, dass streng darauf zu achten ist, dass die auszuübende bzw. ausgeübte Tätigkeit keinem höheren Tätigkeitsmerkmal als dem der Entgeltgruppe der veranschlagten Stelle entspricht.“ (...)

Seit über 40 Jahren sind die DASTA-Beschäftigten die Daten- und Auskunftstation der Datenstation und erfüllen nach wie vor alle Kriterien. Die heutigen Aufgaben der „abgekoppelten“ DASTA (FLZ) sind nicht vollkommen von der Datenstation trennbar und stellen heute noch eine Einheit dar, mit den gleichen Datenerfassungsmustern.

Seit der reformbedingten Umsetzung zu den Führungs- und Lagezentren FLZ erfüllen die DASTA-Beschäftigten der Polizeipräsidien des Landes Baden-Württemberg ein noch größeres Repertoire an höherwertigen Tätigkeitsmerkmalen, neben dem operativen Teil der Polizeiarbeit!

Hinzu kommt erschwerend, neben der Belastung des Wechselschichtdienstes, die steigende Arbeitsbelastung, -dichte und die Verantwortung.

In diesem Bericht wird eine detaillierte Darstellung der Tätigkeitsdarstellung und Arbeitsleistung noch umfangreicher beschrieben.

Wir erbringen über die vielen Jahre eine immer höhere Qualität an Arbeit, die nicht honoriert wird. Desolat ist auch diese besonders unsoziale Benachteiligung vor dem Hintergrund, dass die Eingruppierung der

Angestellten in den Datenstationen im Jahre 1975 erfolgte, auf der Grundlage der Vergütungsgruppe VI b, Fallgruppe 1, Teil II, Abschnitt B, Unterabschnitt 3 der Anlage 1 a des BAT.

Die Vergütung auf dieser tariflichen Grundlage war seinerzeit leistungsgerecht, ist jedoch durch die rasant fortschreitenden datentechnischen Entwicklungen, dem hohen Standard und Niveau seit vielen Jahren überholt.



Zurzeit stehen mehr als 20 Programme des Bundes und der Länder sowie externer Behörden zur Verfügung.

1975 standen lediglich PAD, MOD und INPOL zur Verfügung.

Es sind nunmehr fast 40 Jahre vergangen und die jetzt im FLZ beschäftigten KombSt-Mitarbeiter/-innen sind noch immer in der gleichwertigen Entgeltgruppe 6 eingruppiert.

An dieser Stelle möchte ich eine Berichterstattung der Gewerkschaft zur Hand nehmen, in der die Aussage des Finanzministers, Herrn Nils Schmid, vor der letzten Landtagswahl folgendermaßen weitertransportiert wurde:

„Die derzeitigen Eingruppierungen der Tarifbeschäftigten bedürfen struktureller Verbesserungen. Die Tätigkeitsbeschreibungen bzw. Stellenbewertungen der Tarifbeschäftigten der Polizei muss im Regelwerk des TV-L ihre gerechte Berücksichtigung finden. Vieles ist in den letzten Jahren an höherwertigen Tätigkeiten dazugekommen. Leider hat man es bisher versäumt, im TV-L analog dem früheren BAT die Merkmale für die einzelnen Entgeltgruppen neu festzulegen. Darüber hinaus müssen mehr Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden.“ (...)

Diese Stellungnahme und Aussage des Finanzministers, Herrn Nils Schmid, trifft den Nagel auf den Kopf und es wird tatsächlich Zeit, dass eine strukturelle, vor allem soziale und faire Verbesserung in Form einer deutlichen Höhergruppierung der DASTA-Beschäftigten (FLZ) endlich umzusetzen ist.

Durch das Inkrafttreten der Polizeistrukturreform am 1. Januar 2014 und die Verschmelzung der bisher landkreisbezogen organisierten Polizeidirektionen, sind die Anforderungen, das Niveau und das Arbeitsvolumen im Führungs- und Lagezentrum FLZ der Polizeipräsidien des Landes Baden-Württemberg für die Tarifbeschäftigten der KombSt-Abfragedienstes um das Vielfache angestiegen.

Hinzu kommt die Erweiterung und Unterstützung des FLZ im operativen Vollzugsdienst als Einsatzassistent, was zum späteren Zeitpunkt noch genauer erläutert wird.

Hier ist Eigenständigkeit, allgemein gute Fachkenntnisse, langjährige Erfahrung, Teamarbeit, schnelle Reaktion, Auffassungsgabe und Kombinationsfähigkeit von höchster Bedeutung. Zudem müssen die einzelnen der über 20 DV-Programme beherrscht werden, was bei den Mitarbeitern ein hohes technisches Niveau voraussetzt. Zudem müssen wir bei Einsätzen, Regionalfahndungen der einzelnen Landkreise usw., oft über Stunden hoch stressresistent sein und tragen zudem eine große Verantwortung, auch für die Sicherheit der Vollzugsbeamten auf der Straße. Hierzu kommen noch die nicht unerheblichen physischer wie auch psychischen Belastungen des Wechselschichtdienstes zum Tragen.

Übersicht der Tätigkeitsdarstellung der Tarifbeschäftigten im FLZ:

Zu der angewandten Programmvielfalt (siehe Zusammenfassung der Anwendungssysteme) kommen die notwendigen Fachkenntnisse der vielfältigen Hardware und Plausibilitäten aller Datensysteme hinzu.

Neben den Aufgaben des Abfragedienstes sind die klaren Richtlinien des Datenschutzgesetzes zu beachten im Rahmen der DV-Systeme POLAS/INPOL/MeldIT/ZEVIS usw. und das Prüfen und Erfassen von Fall-, Personen- und Fahndungsdaten über den Änderungsclient. Des Weiteren müssen

Fortsetzung auf Seite 4



AUS DEM TARIFBEREICH

Fortsetzung von Seite 3

die vielfältigen gesetzlichen Grundlagen der Datenspeicherung beachtet werden, wie z. B. Speichervoraussetzungen, Fahndungsausschreibungen, Veränderungen, Löschungen sowie die unterschiedlichen Verfahrensweisen bei Vermissten. Die Tarifbeschäftigten der Abfragestationen der Polizeipräsidien verrichten als Einsatzassistenten ihren Dienst rund um die Uhr und müssen alle Systeme selbstständig und eigenverantwortlich beherrschen.

Insbesondere im Bereich der Personenfahndung tragen die Kollegen/-innen eine sehr große Verantwortung und müssen in jedem Einzelfall die vorliegenden Personen- und Sachinformationen eigenverantwortlich prüfen.

Oftmals sind umfassende Recherchen notwendig, um Fehlerquellen insbesondere im Auskunftsdienst auszuschließen.

Im Einzelnen wäre hierbei zu beachten:

- Vermeidung von Fehlern, welche die Einschränkung von Grundrechten, insbesondere freiheitsentziehende Maßnahmen, unmittelbaren Zwang und körperliche Unversehrtheit zur Folge haben könnten. Eigenständiges Erkennen von Sachzusammenhängen wie Verknüpfung von Personen- und Sachfahndung, z. B. bei Vermisstenfällen, um Eigen- und Fremdgefährdung ausschließen zu können.
- Gewährleistung der Datensicherheit, Prüfung der Abfrageberechtigung des Anfragenden, Vermeidung von Übermittlungsfehlern bei möglicher Zeichengleichheit, Namensgleichheit sowie Alias-Namen.
- Eigenverantwortlichkeit bei der Übermittlung von Daten (mögliche Regressnahme bei Falschauskünften).
- Selbstständiges Recherchieren bei unvollständigen Personen- und Sachdaten, aufwendige umfassende Recherchen und Abgleichen aller Systeme bei dringlichen Fahndungen, die schnellstmöglich zur Aufklärung dienen sollen.

Die Aufgaben der heutigen Einsatzassistenten, welche zugleich Mitarbeiter des Führungsstabes sind:

- Assistent für die Polizeiführer vom Dienst in den Sonderlagen für die

Beschaffung für wichtige Informationen

- Objektdatenpflege/VIADUX
- Auch dies allein zeigt, dass alltäglich höherwertige Tätigkeiten verrichtet werden, die dringend im Polizeivollzug erforderlich sind. Höherwertige Aufgabenwahrnehmung für den Polizeivollzugsdienst sind auch umfangreiche, komplexe Recherchen in den verschiedensten Systemen.

Beispielsweise ist auch die tägliche Lagebildauswertung von großer Bedeutung. Beim Einschreiten gegenüber Gewalttätern können diese Recherchen unter Umständen lebenswichtig sein.

Die Übermittlungen laufen über stationäre Sprechfunkstellen oder Telefon. Dies erfordert ein hohes Maß an Teamfähigkeit zwischen den Mitarbeitern des Abfragedienstes und des Polizeivollzugsdienstes auf der Straße.

Schnelle Übermittlung der einzelnen Treffer und Ergebnisse sind zwingend notwendig. Außerdem müssen die Erkenntnisse schnellstmöglich in den Einsätzen des VIADUX von uns dokumentiert werden.

Dies erfordert eine langjährige Erfahrung, fehlerfreies Arbeiten, vorausschauendes Denken und eine gute Einschätzung der Situationen. Insbesondere sind Flexibilität, schnelle Reaktion und spezielle Fachkenntnisse gefragt.

Bei Fahndungstreffern, beispielsweise bei einer positiven Haftdatei, sind eigenständige Rücksprachen mit den jeweiligen Justizvollzugsanstalten durchzuführen.

Alle Recherchen in den DV-Systemen wie POLAS-BW einschließlich INPOL-Zentral und Schengener Informationssystem (SIS) sind nach den Erfassungs- und Abfragerichtlinien der gültigen Dienstanzweisungen zu tätigen.

Die Fahndungs- bzw. Ermittlungsrecherchen werden abgefragt über Funk, Telefon, schriftlichem Vordruck oder persönlich.

Qualifizierte Recherchen sind erforderlich, wenn nur Teilkennzeichen, Teilpersonalien, vage Täterbeschreibungen oder unzureichende Erkenntnisse vorliegen. Bei Fallrecherchen aus dem Landesbestand BW wird das Ergebnis der Anfrage in einer Trefferliste dargestellt, die in Abhängigkeit von der Anzahl der gefundenen Datensätze und Verknüpfungen ein unterschiedliches Layout bzw. unterschiedliche Informationen anbietet.

Qualifizierte Recherchen erfordern die Abgleichung in mehreren Dateien mit umfangreichen eigenen Überlegungen.

Dabei sind unterschiedliche Informationen selbstständig zu verknüpfen. Durch die qualifizierte Recherche wird die gesuchte Person und/oder Sache (Kfz mit Teilkennzeichen) durch selbstständige Kombinationsfähigkeit aus einer Mehr- oder Vielzahl von Systemauskünften (Synopsis), phonetische Abfrage durch ein immer feineres, selbst festzulegendes Raster herausgefiltert bzw. möglichst eng und/oder exakt eingegrenzt, sodass ein optimales brauchbares Ergebnis an den Polizeivollzugsdienst weitergegeben werden kann.

Zur Ermittlung der gesuchten Information hat der Recherchierende sowohl eine Entscheidung hinsichtlich des eingeschlagenen Weges als auch des zu findenden Ergebnisses zu treffen.

Recherchebeispiel:

Gesucht wird eine männliche Person, ca. 30 bis 40 Jahre alt, 190 bis 195 cm groß, Tätowierungen (Abb. eines Bären), deutscher Staatsangehöriger, Geburtsland Russ. Föderation.

Fahndung:

Personenfahndungen werden vom Land-/Amtsgericht, Staatsanwaltschaft, Ausländeramt und weiteren externen Behörden angeliefert.

Bei eilbedürftigen Sachfahndungen von internen und externen Stellen werden gründliche, vielseitige und detaillierte Fachkenntnisse der Funktionsweise der zu bedienenden Systeme benötigt. Außerdem werden Kenntnisse im Bereich Straf-, Polizei- und Ausländerrecht gefordert.

Erfassung eiliger Datenübernahmen an der ComVor-POLAS-Schnittstelle oder von POLAS-relevanten Sachverhalten. Es handelt sich konkret um WE-/KPM-D- und RG-Sofort-Meldungen, EU-Haftbefehle, Korrespondenz mit LKA/BKA oder sonstige wichtige POLAS-relevante Meldungen, die eine Soforterfassung ohne PKS-Freigabe erforderlich machen.

Selbstständiges Prüfen der über E-Post oder an der Schnittstelle angelieferten Tatverdächtigen- und Falldaten. Ggf. erfolgt eine Recherche in anderen Datenbeständen (AVS – Aktenverwaltungssystem, INPOL-Zentral, MeldIT – landesweites Einwohner-Meldeportal, AZR-Ausländerzentralregister) zur Feststellung der konkreten Personalien (Führungspersonalien) einer Person.

Teilweise ist die zu erfassende Person durch selbstständige Kombinati-



AUS DEM TARIFBEREICH

onsfähigkeit mittels einer qualifizierten Recherche aus einer Vielzahl von Systemauskünften durch ein immer feineres Raster herauszufiltern, damit auch tatsächlich die Person in der Personenfahndung erfasst wird.

Zusammenfassung der Anwendungssysteme und die erforderlichen Fachkenntnisse über die Vorschriften sowie Erfassung- und Abfragerichtlinien:

POLAS-BW – polizeiliches Auskunftssystem, PolasAC – Zugriff auf Personen-, Fall- und Sachdaten, ED-digital, INPOLZentral, INPOL-FALL (Vielzahl einzelner Anwendungen der bundesweit 15 bis 20 Anwendungen, Personen-, Sachfahndungen, SIS – Schengener Informationssystem), RT-Funkbuch Dokumentation, Anfragen der Auskunftssystemen Einsatzleitsystem VIADUX, Lagebildauswertungen, Übernahme Vorgänge aus ComVor. Telebild-ED digital-Livescan über INPOL/POLAS-Schnittstelle elektronischer Weg, Fingerabdrücke an BKA-Korrespondenz, NWR – Nationales Waffenregister, ZAK – Zentrale Adress- u. Kommunikationsverzeichnis, ComVor – computerge-

stützte Vorgangsbearbeitung, FDR – Falldatei Rauschgift, SARS automatisiertes Abrufverfahren TKG, AZR/VISA – Ausländerzentralregister, Internet, AVS – Aktenverwaltungssystem, LUNA – Leuchtendatei für Unfallnachforschung, ZEVIS (über KBA Daten zu Fahrzeugen, Führerscheinen, Kontrollkarten, Bußgeldbescheiden, Haltermittlung, Fahrerlaubnisabfrage, Fahrzeugrecherchen KBA), FERIS – Fahrerlaubnisrechtliches Informationssystem, FINAS – Fzg. Information anhand d. FIN, EUCARIS – Abruf europäischer Halter- u. Fzg.-Daten, RAKK – Recherche ausländischer Kfz-Kennzeichen, HaNS – Herstellerangaben z. numerischen Sachfahndung, Microsoftoffice-Kenntnisse, Outlook, Epost 810 elektronische Kommunikation, MeldIT zentr. Auskunftssystem über Einwohnerdaten.

Es wird endlich Zeit, dass die Landesregierung und das Finanzministerium ihre Versprechen umsetzen und den öffentlichen Dienst der Polizei für die Tarifbeschäftigten tatsächlich zukunftsfähig, ebenso attraktiv und fair gestaltet und sich von der desolaten und ungleich behandelnden Arbeitgebermentalität verabschiedet. Wir wollen nicht weiter zur Ader gelassen werden und das Stiefkind des Polizei-

vollzuges sein. Die Schere zwischen den Einkommen der Tarifbeschäftigten der Polizei und der privaten Wirtschaft wird immer größer. Die Tarifbeschäftigten der Polizei haben Jahre des Personalabbaus zu tragen, zu den ständig wachsenden Aufgaben und zunehmender Arbeitsverdichtung.

Im Firmenimage der Landespolizei spiegelt sich das Leitbild:

„Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt“, – „nur gemeinsam erreichen wir unsere Ziele“, – „Respekt und Vertrauen prägen unseren Umgang miteinander“. Daran sollten wir alle festhalten ... Anmerkung: aktuelle Pressemitteilung des Innenministeriums vom September 2014: „Gebilligte Mehranforderungen für den Haushalt 2015/2016.“ Es wurde nun doch etwas für den Tarifbereich im FLZ getan. Die „Einsatzassistenten“ sollen von EG 6 nach EG 8 gehoben werden, wobei wiederum die 1,2 Millionen Euro für alle wohl nicht reichen soll. Unter dem Strich ist dies eine Verbesserung nach dem Tarifstufenplan von rund 20 Euro netto.

Ein kleiner Schritt im Tarifbereich, – nach 40 Jahren – ein großer Schritt für die Politik.

LANDESSENIORENVORSTAND**Karl-Heinz Strobel neu im Landesseniorenvorstand (LSV)**

In seiner letzten Sitzung im Oktober 2014 konnte der Landesseniorenvorsitzende Werner Fischer als Gast Karl-Heinz Strobel begrüßen. Dieser hatte sich bereit erklärt,

die Nachfolge des ausgeschiedenen Josef (Jupp) Schneider, Ehrenvorsitzender der GdP Baden-Württemberg, anzutreten. Wie es die Richtlinien für die Seniorengruppe vorsehen, wurde Strobel von den vier anderen Mitgliedern des LSV als Beisitzer einstimmig gewählt.

Im Juni 2014 hatte Jupp Schneider aus persönlichen Gründen das Seniorenamt abgegeben. Karl-Heinz Strobel erklärte sich bereit, den Beisitzerposten zu übernehmen. Strobel war lange Jahre in verschiedenen Vorstandsämtern auf Landesebene tätig; auch einige

Jahre im Geschäftsführenden Landesvorstand der GdP Baden-Württemberg. Mit ihm hat der LSV einen kompetenten Kollegen, der insbesondere im Beamtenrecht und den Beihilfevorschriften sachkundig ist.

In der Vorstandssitzung ging es dann vor allem um die seniorenspezifischen Anträge auf dem GdP-Bundeskongress im November 2014 in Berlin. Erfreut zeigten sich die Vorstandsmitglieder, außer Werner Fischer (Bad Krozingen) und Karl-Heinz Strobel (Steinheim) sind dies Manfred Bohn (Sölden), Wolfgang Schmidt (Schwäbisch Gmünd) und Hans-Jürgen Maier (Baden-Baden), dass der Landesvorstand für 2015 zwei Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ genehmigt hat. Bei der stetig steigenden Nachfrage war dies eine notwendige Entscheidung. Die Termine werden festgelegt und dann entsprechend veröffentlicht. Außerdem beriet man über das „Süddeutsche Treffen“ der Landesseniorenvorstände, da 2015 die Seniorengruppe der GdP

Baden-Württemberg Gastgeber ist. Auch soll über das Reisebüro PSW-Reisen, einem Kooperationspartner der GdP, wieder eine Seniorenreise angeboten werden. Geplant ist im Herbst 2015 eine Woche in Südtirol mit umfangreichem Programm.

PERSONALMITTEILUNGEN**Es traten in den Ruhestand:**

Biberach: Hubert Baier.
Karlsruhe: Stefan Heiler.
Lörrach: Hans Frischhut.
Ostalbkreis: Hans-Joachim Hug.
Sigmaringen: Gerhard Reck.
Stuttgart PP: Heinz-Jürgen Bauer, Helmut Bruckelt.

Wir wünschen den Kollegen alles Gute im Ruhestand.

Zusammengestellt v. A. Burckhardt



NACH ABLEHNUNG IM DGB-BUNDESKONGRESS

Der Kampf um die Mitsprache der Senioren geht weiter

Arbeitstagung der süddeutschen GdP-Senioren im Saarland

Es ist immer ein besonderes Ereignis, wenn sich die süddeutschen GdP-Senioren (Landesvorsitzender und ein Vertreter) einmal im Jahr zu einer Arbeitstagung treffen. Das ist kein besonderes Kaffeekränzchen, es ist aber das Treffen einer Gemeinschaft von Menschen, die sich verbunden fühlen und die etwas tun wollen für ihre Kollegen/-innen im Ruhestand. Die Länder Bayern, Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen, Sachsen, neuerdings auch Nordrhein-Westfalen und das Bundeskriminalamt gehören zu diesem Kreis. Von rund 175 000 GdP-Mitgliedern in Deutschland gehören etwa 30 000 zu den Senioren/-innen. In diesem Jahr trafen sich die Senioren in Bosen am Bostalsee im Saarland. Der ehemalige langjährige Landesseniorenvorsitzende Artur Jung war also Gastgeber in seinem Heimatbezirk. Aus Baden-Württemberg nahmen der Landesseniorenvorsitzende Werner Fischer und sein Stellvertreter Manfred Bohn an dem Treffen teil. In einem familiengeführten Hotel, das „Stammhaus“ der GdP-Senioren im Saarland ist, fühlten sich alle wohl und gut „bewirtet“.

Der GdP-Landesvorsitzende Ralf Porzel gab zu Beginn der gewerkschaftspolitischen Tagung einige Informationen über die geschichtliche Entwicklung des DGB und der GdP im Saarland und ging dabei auch auf die finanzielle Situation sowohl des Bundeslandes Saarland als auch des GdP-Landesbezirks ein. Er hielt dies angesichts der Überlegung für angebracht, dass auf dem GdP-Bundeskongress im November wohl eine Diskussion über die zukünftige Verteilung der GdP-Gelder auf Bundesebene erfolgen werde, die vom amtierenden Bundeskassierer Andreas Schuster angestoßen wurde.

Thema ist bei solchen Treffen auch immer die Vertretung der Senioren in der GdP, den anderen Einzelgewerkschaften und dem DGB. So war man sich einig, dass die GdP ihre Senioren zwar in ihre Organisationsstrukturen schon lange eingebaut hat, dass aber ihre speziellen Interessen in den verschiedenen Gremien (insbesondere Delegiertenta-

gen und teilweise auch in Vorständen) eine noch bessere Vertretung notwendig machen. Besonders verärgert waren die Tagungsteilnehmer, dass der GdP-Antrag auf ein organisiertes Mitsprache-



Die Teilnehmer am „Süddeutschen Treffen“ der GdP-Senioren aus Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen und vom Bundeskriminalamt; Mitte ganz vorne Gastgeber Artur Jung, Saarland, Dritter von rechts Manfred Bohn, stellvertretender Landesseniorenvorsitzender, Sechster von rechts Landesseniorenvorsitzender Werner Fischer Foto: A. Jung

recht im DGB auf dem letzten Kongress im Frühjahr 2014 mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Man war sich auch einig, dass die GdP für den nächsten Kon-

gress im Jahre 2018 einen erneuten Anlauf nehmen müsse.

Bei der Diskussion über die Seniorenarbeit in den einzelnen süddeutschen Landesbezirken wurde deutlich, dass überall die Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ sehr große Nachfrage erleben und für die Erhaltung der Mitgliedschaft in der GdP nach Eintritt in den Ruhestand von großer Bedeutung sind. Auch der Aspekt der Weitergabe der langjährigen Berufserfahrungen, neudeutsch: „Know How“, an junge Mitglieder, die oft außer Schule und Studium nur wenig ausreichenden beruflichen Hintergrund hätten, wird als bedeutend angesehen.

Das „Süddeutsche Treffen“, 1998 unter dem damaligen Bundesvorsitzenden Hermann Lutz ins Leben gerufen, versteht sich als Diskussionsgremium, das Probleme erörtert und diese im Idealfall mit Lösungsvorschlägen in den Bundesseniorenvorstand einbringt. 2015 wird die Seniorengruppe der GdP Baden-Württemberg Gastgeber sein.

H. W. Fischer

BUNDESFACHAUSSCHUSS BEAMTEN- UND BESOLDUNGSRECHT

Hans-Jürgen Kirstein als stellvertretender Vorsitzender gewählt

In seiner letzten Sitzung hat der Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht (BFA BB) seine Vorstandschaft neu gewählt. Unter anderem hat sich unser stellvertretender Landesvorsitzender Hans-Jürgen Kirstein zur Wahl des stellvertretenden Bundesvorsitzenden des BFA BB gestellt.

Aufgrund der Personalratswahlen in Baden-Württemberg konnte er nicht persönlich anwesend sein. In der zurückliegenden Zeit hat er wohl durch seine Fachkompetenz überzeugen können, sodass er zu einem der beiden Stellvertreter gewählt wurde.

Für die GdP Baden-Württemberg ist Hans-Jürgen Kirstein im Koordinierungskreis für Beamten-, Besol-



dungs- und Versorgungsfragen im DGB bereits in diesem Fachgebiet tätig. Somit wurde eine sinnvolle Verbindung zwischen beiden Gremien vervollständigt.

H.-J. K.



AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Main-Tauber Kreis

Zur diesjährigen Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Dittwar konnte der Kreisgruppenvorsitzende Ulrich Hefner den Leiter der Direktion Polizeireviere aus Heilbronn, Herrn Richard Diesch, den Übergangspersonalratsvorsitzenden Markus Megerle und den Landesvorsitzenden der GdP, Rüdiger Seidenspinner, begrüßen. Im Jahr 2014 – im Zuge der Polizeireform – wurde die Bezirksgruppe Heilbronn gegründet, bestehend aus den bisherigen Kreisgruppen Main-Tauber, Hohenlohe, Neckar-Odenwald und Heilbronn, zu deren Vorsitzenden Mike Scheumann gewählt wurde. Nominell soll die Kreisgruppe Main-Tauber weiter bestehen bleiben, ihre Eigenständigkeit wird sie aber verlieren.

Als erster richtete der Leiter der Direktion Polizeireviere, Richard Diesch, sein Grußwort an die Gäste. Die Polizeireform war und ist eine Mammutaufgabe. Viele Kollegen mussten ihren Arbeitsplatz an andere Dienstorte verlagern. Ihnen wurden teilweise Rückkehroptionen in Aussicht gestellt. Erste Herausforderungen des neuen Präsidiums im Main-Tauber-Kreis waren der Empfang des neuen IOC-Präsidenten Thomas Bach und der Besuch der Bundeskanzlerin Angela Merkel in Tauberbischofsheim, die beide vorbildlich bewältigt wurden.

Was die Personalknappheit angeht, führte Herr Diesch aus, dass unterschiedliche Erfüllungsstände bei den Streifendiensten ausgeglichen werden müssen, die Arbeitsstärke soll bei 35 Beamten liegen. Problem dabei ist, dass drei ländlich strukturierte Dienststellen und ein städtischer Verdichtungsbereich unter einen Hut gebracht werden müssen. Die dabei entstandenen Probleme wurden auch in den politischen Raum transportiert. Ergebnis davon ist, dass es im Frühjahr 57 Zuversetzungen zum Polizeipräsidium Heilbronn geben soll. Gebraucht werden im Jahr 2015 ca. 80 Beamte.

Aus Personalmangel wurde beispielsweise in Heilbronn bis zum Frühjahr eine Ermittlungsgruppe ausgesetzt. Überall fehlt Personal, das Polizeipräsidium Heilbronn rangierte zum Reformstart an der untersten Grenze in allen Bereichen.

Markus Megerle, Vorsitzender des Übergangspersonalrats, erläuterte die Schwierigkeiten beim Start des neuen Präsidiums Heilbronn und nannte die

prekäre Personalsituation als größtes Problem. Das Polizeipräsidium Heilbronn ist das größte Flächenpräsidium, hat 38 Autobahnkilometer aber kein Personal dazu bekommen.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten bei den Polizeireviere liegt bei 50+ und es wird immer schwieriger, junges Personal zu bekommen, da die Verwendung junger Polizisten vorrangig beim Präsidium in Heilbronn vorgesehen ist. Dies resultiert auch daher, dass es sich bei den ehemaligen Polizeidirektionen Tauberbischofsheim, Künzelsau und Mosbach um sogenannte End-Dienststellen mit geringer Fluktuation handelt. Beförderungen gibt es nur wenige, weil die Erfüllungsstände in einzelnen Dienststellen überschritten sind.

Der Kreisgruppenvorsitzende Ulrich Hefner widmete sich anschließend ausführlich der Polizeireform und ihren Folgen für den Main-Tauber-Kreis. Mehr Bürgerorientierung, mehr Flexibilität, mehr Kompetenz, mehr Wirtschaftlichkeit, weniger Hierarchie, weniger Dienststellen, weniger Schnittstellen, weniger Bürokratie – so sollte es werden. Eine Reform von der Polizei für die Polizei. In unzähligen Arbeitsgruppen durften Personalräte, Schwerbehindertenvertreter, BfC etc. mitberaten. Heraus kam letztendlich eine Polizeireform der Polizeiführung für die Polizeiführung. Durch Synergieeffekte wurde die Effizienz der Basis wahrlich nicht gesteigert, übrig bleibt eine Mangelverwaltung an allen Ecken und Enden.

Versprochen wurden ursprünglich zwei zusätzliche Beamte für den Streifendienst, was flächendeckend nicht erfolgte. Die Verstärkungen kamen meist nicht in den sog. unbequemen Diensten an, sondern füllen nach wie vor die Büros, nicht die Streifenwagen. Folge davon ist eine fallende Aufklärungsquote bei wachsender Zahl von Delikten, insbesondere bei der Eigentumskriminalität. Gerade die Beschäftigten in ländlichen End-Dienststellen bleiben auf der Strecke. Auch für Neueinsteiger ist der Polizeiberuf im Vergleich mit der Wirt-

schaft nicht attraktiv. Der ländliche Bereich dünnt immer mehr aus, die Zentralisierung schreitet voran. Warten wir also auf das erste Landrevier, das aufgrund Personalmangels geschlossen wird.

Im Anschluss an seinen Vortrag nahm Ulrich Hefner zahlreiche Ehrungen für



Das Bild zeigt die Geehrten der diesjährigen Jahreshauptversammlung sowie den Landesvorsitzenden der GdP BW, Rüdiger Seidenspinner (re.) und den Amtierenden Kreisgruppenvorsitzenden Ulrich Hefner (li.)

25, 40, 50 und sogar 60 Jahre Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft vor.

Nun sollte auch der Landesvorsitzende der GdP, Rüdiger Seidenspinner, zu Wort kommen.

Er ging auch ebenfalls auf die Polizeireform ein. Allerdings gab es schon in der Vergangenheit bei der Polizei erhebliche Einschnitte, so wurden bei der Verwaltungsreform der Wirtschaftskontrolldienst und Autobahnpolizeireviere zerschlagen, bei der Polizeipostenreform ca. 200 Polizeiposten geschlossen. Abgebaut wurden etwa 1000 Personalstellen. Landesweit gibt es Personalsorgen. Aufgrund der demografischen Entwicklung bräuchte die Polizei in der nahen Zukunft jeden zehnten Schüler aus den Abschlussklassen. Landesweit gibt es ab November 900 Beförderungsmöglichkeiten, wovon das Polizeipräsidium Heilbronn 54 erhält. Zudem hat die GdP eine A9+Z-Initiative ins Leben gerufen, bei der 500 Beamte aus der Besoldungsgruppe A 9 die Amtszulage erhalten sollen.

Für den Tarifbereich wurden im Jahr 2014 Höhergruppierungen bei den Datenstationen erreicht, in 2015 sollen solche bei den Einsatzassistenten folgen. Für das kommende Jahr wird zudem ein neues Arbeitszeitmodell prognostiziert, das die Streifendienste betrifft, und auch die generelle Stellenbewertung wird kommen.

Nach reger Diskussion schloss Ulrich Hefner die Veranstaltung.



Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Mosbach

Mosbach (C.H.) – Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Neckar-Odenwald-Kreis hielt seine jährlich stattfindende Mitgliederversammlung am 7. 10. 2014 im großen Tagungsraum des Hotels „Zum Amtsstüble“ in Mosbach ab.



Geehrt wurden (vordere Reihe v. r.) Rudi Mager (40 J.), Karlheinz Stephan (40 J.), Helmut Scheuermann (50 J.), Harald Krischke (60 J.), Klaus Herzog (40 J.) und der Kreisvorsitzende Karlheinz Herzog (40 J.)

Der Vorsitzende Karlheinz Herzog eröffnete die diesjährige Jahreshauptversammlung mit einem Grußwort. Ein besonderer Willkommensgruß galt dem Landesvorsitzenden der GdP in Baden-Württemberg, Rüdiger Seidenspinner, dem Vorsitzenden des Übergang-Personalrates beim Polizeipräsidium Heilbronn Markus Megerle, und dem Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Heilbronn Jürgen Heinrich.

Nach der Totenehrung erläuterte der Vorsitzende in seinem Rechenschaftsbericht einige Kerndaten zur Kreisgruppengröße und deren Zusammensetzung. Ihr 40-jähriges Dienstjubiläum konnten aus den Reihen der Kreisgruppe Otto Horsch und der Vorsitzende selbst feiern. Die Vorstandsarbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr war geprägt von der seit 1. 1. 2014 angelaufenen Polizeireform in Baden-Württemberg und die sich daraus ergebenden Strukturveränderungen der Gewerkschaft im Lande, sowie den im November stattfindenden Personalratswahlen innerhalb des Präsidiums Heilbronn. Die Kreisgruppenkassiererin Jutta Speth gab einen Überblick über das schmale Budget der Kreisgruppe. Eine einwandfreie Kassenführung ohne Beanstandungen wurde ihr im Anschluss von der Kassenprüferin Barbara Richter bescheinigt. Seniorenvertreter Alfred Lieb teilte der Versammlung mit, dass er auch in diesem Jahr wieder vielen Kollegen

persönlich zu einem runden Geburtstag gratulieren und ein kleines Präsent namens der Kreisgruppe überreichen durfte. Unter den Gratulanten durfte Lieb fünf Kollegen zum 70. und zwei Kollegen zum 80. Geburtstag gratulieren. Hoherfreut berichtete er über einen Besuch bei dem ältesten Pensionär und Ehrenvorsitzenden der Kreisgruppe, dem er zum 94. Geburtstag einen Besuch abstattete. Die älteste Pensionärin feierte ihren 91. Geburtstag. Die Vorstandschaft der GdP im Neckar-Odenwald-Kreis gratuliert hiermit nochmals allen Geburtstagskindern herzlichst.

Der Personalratsvorsitzende Markus Megerle berichtete in seinem Grußwort unter anderem über die Arbeit und Probleme des Personalratsgremiums im Präsidium Heilbronn. Er merkte an, dass auch er aus einer kleinen Dienststelle komme und deshalb deren Sorge und Nöte kenne. Die Zusammensetzung des neuen Personalrats sollte auch dem Abbild der Beschäftigtenzahlen in den ehemaligen Polizeidirektionen entsprechen. Diese vier ehemaligen Polizeidirektionen Heilbronn, Künzelsau, Mosbach und Tauberbischofsheim sind ja bekanntlich seit 1. 1. 2014 zum Präsidium Heilbronn verschmolzen worden.

Jürgen Heinrich führte aus, dass er zwar aus der größten Kreisgruppe komme, es aber auch dort schon immer kleinere Polizeireviere und Polizeiposten gegeben habe, deren Interessen genauso wichtig seien. Heinrich gab klar zu verstehen, dass der Personalrat für alle Beschäftigte da sei.

Die Ehrungen wurden vom Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner und dem stellvertretenden Vorsitzenden Rainer Schwab durchgeführt. Für mehr als 40 Jahre Mitglied in einer demokratischen Gewerkschaft wurden Martin Ludwig, Rudi Mager, K.-H. Stephan, Klaus Herzog und Karlheinz Herzog, für mehr als 50-jährige Mitgliedschaft Helmut Scheuermann und für mehr als

60-jährige Mitgliedschaft Harald Krischke geehrt. In seinem Referat berichtete der Landesvorsitzende über Neuigkeiten und aktuelle Entwicklungen. Zur Polizeireform führte er aus, dass die landesweite Installation eines Kriminaldauerdienstes und der Verkehrsdirektion sinnvolle Einrichtungen seien, wenn dafür das Personal vorhanden ist. Da das Personal jedoch aus dem Bestand abgezogen wird, ist es problematisch. Die Finanzaufweisung für die Präsidien erfolge nach Personalstärke, die Fläche sei hierbei nicht berücksichtigt (z. B. kein Flächenzuschlag für vermehrten Treibstoffbedarf aufgrund langer Anfahrtswege). Bei den Beförderungen im mittleren Dienst konnte Seidenspinner einen Zwischen Erfolg verkünden.

Bei den Tarifangestellten sollen 2015 die sogenannten Einsatzassistenten/-assistentinnen beim Führungs- und Lagezentrum in Entgeltgruppe 8 höhergruppiert werden. Ende 2015/2016 soll dann das Berufsbild der Polizeifachangestellten eingeführt werden.

Nach dem neuen Beamtenrecht ist eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei Polizeibeamten bis 67 Jahre möglich. Seidenspinner stellt die rhetorische Frage, wo das hinführen solle; irgendwann gebe es keine Freiwilligkeit mehr, sondern dann werde dies zur Pflicht. Die Novellierung des Beamtenrechts sei aber noch in der Anhörung, ein Entwurf läge vor. Die Einstellung von mehr Personal könne auch auf diesem Wege vermieden werden.

Die Landtagsfraktion der CDU habe festgestellt, dass bei der Polizei im Lande 1000 Stellen fehlen würden. Bedenklich bei dieser Aussage ist jedoch, dass die damalige Landesregierung diese aber selbst gestrichen hat.

Eine große Pensionierungswelle in den Jahren 2018 bis 2024 rolle auf das Land zu. Davon betroffen wird auch der Tarifbereich sein. Die Notwendigkeit der Nachwuchsrekrutierung wurde in der Polizei noch nicht richtig erkannt. Von den 800 jährlichen Einstellungen in Baden-Württemberg kommen 634 bei den Dienststellen an. Die restlichen hören aus verschiedenen Gründen auf. Am Ende des Referats und einiger Fragen dazu blieb dem Vorsitzenden nur noch, sich bei allen Anwesenden, insbesondere beim Landesvorsitzenden Seidenspinner, zu bedanken und einen guten Nachhauseweg zu wünschen.

